

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindendstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

## Frankreichs Küftung, Englands Sorge Ueberlegenheit der französischen Luftflotte.

London, 15. März. (B.T.B.) Der Luftfahrtminister brachte im Unterhause den Vorschlag seines Ministeriums ein, der sich auf 12 011 000 Pfund Sterling gegenüber 10 895 000 Pfund Sterling im gegenwärtigen Finanzjahre beläuft. Der Minister sagte, im vergangenen Jahre sei ein ständiger Fortschritt zu verzeichnen gewesen. Was die Frage der Landesverteidigung in der Luft betreffe, so sei ihm bekannt, daß

Desorgnis, ob die Luftverteidigung angemessen sei, allgemein verbreitet

sei. Er wolle deshalb einen Vergleich zwischen der britischen und französischen Luftstreitkräfte aufstellen, hoffe aber, daß kein Engländer oder Franzose auf den Gedanken komme, daß er an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden alliierten Mächten, sei es auch nur zu einem späteren Zeitpunkt, glaube. Er führe die französischen Zahlen nur an, weil Frankreich die Ausbildung seiner Luftstreitkräfte weiter gefördert habe. Im November 1918 habe Frankreich 3500 Maschinen im Dienst gehabt, jetzt habe es noch 1260. Während zwei Drittel der britischen Maschinen sich in überseeischen Ländern befänden, habe Frankreich drei Viertel seiner Maschinen im Inlande. Im Jahre 1923 würde

Frankreich 2180, England nur 557 Maschinen im Dienst haben. Er gebe bereitwillig den großen Unterschied zwischen der Stellung Frankreichs und Englands zu. Aber auch wenn man berücksichtige, daß Frankreich ein großes stehendes Heer und eine ausgebreitete Grenze habe, so sei

das Mißverhältnis doch überwältigend. Die Frage ergebe sich von selbst, warum eine europäische Macht eine so große und eine andere eine so kleine Luftflotte habe. Es sei undenkbar, daß zwischen beiden alliierten Feindeslagern ausbrechen könnten, aber es frage sich, ob es berechtigt sei, daß einer von ihnen eine Luftstreitmacht besitze, die nur den vierten Teil der anderen ausmache. Bevor man sich über die Ausgestaltung der britischen Luftstreitkräfte klar werde, müsse man sich klar machen, wie weit man gehen wolle.

Der Luftfahrtminister erklärte weiter, wenn man den Einmächtigkeitsstandard auf die Luftstreitkräfte anwende, würde dies eine sofortige Erhöhung des Etats um 5 Millionen Pfund Sterling ausmachen. Im November 1918 habe die britische Luftstreitkraft 30 000 Offiziere und 253 000 Mann und 3300 im Dienst befindliche Flugzeuge betragen. Gegenwärtig besitze sie 3000 Offiziere und 27 000 Mann sowie 351 Flugzeuge erster Linie.

### Eine englische Beschwerde.

Paris, 15. März. (U.) Der englische Generalkonsul in Köln, Thurston, ist gestern in London angekommen und hat dem Handelsministerium einen ausführlichen Bericht über die Lage des britischen Handels im Rheinland, im Ruhrgebiet und im unbesetzten Deutschland vorgelegt. Gleichzeitig wird in einer halbamtlichen Note mitgeteilt, daß England die Aufmerksamkeit der französischen Regierung und der hohen Kommissare im Rheinland auf die schwerwiegenden Nachteile gelenkt hat, denen die englischen Kaufleute aus der Anwendung der kürzlich erlassenen Zollbestimmungen im besetzten Gebiet ausgeht sind.

### England und Sowjetrußland.

London, 15. März. (U.) Der liberale Abgeordnete Kennworthy ist gestern nach einer langen Studienreise aus Deutschland und Rußland zurückgekehrt. Er erklärte Zeitungsverlegern, daß Rußland sich allmählich erhebe. Die Sowjetregierung sitze fest im Sattel. Rußland brauche Kredite für landwirtschaftliche Maschinen. Kennworthy fordert die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung. Wenn England mit dieser keinen Handelsvertrag abschließen, so lasse es sich eine günstige Gelegenheit entgehen, seinen Außenhandel zu verbessern.

### Verstärkter Grenzschutz in Holland.

Haag, 15. März. (B.T.B.) In einer Erläuterung der Regierung zu dem Etat des Kriegsministeriums heißt es, die Ereignisse im Ruhrgebiet hätten die Regierung veranlaßt, Einzelmaßnahmen vorzubereiten, die in Kraft treten würden, falls es zu einer Ueberschreitung der holländischen Grenze in großem Maßstabe käme. Abgesehen davon sei auf Ersuchen des Justizministers die Grenzüberwachung dadurch verstärkt worden, daß ein Teil der Pölszeitruppen aus dem Inneren des Landes zur Grenze geschickt wurde. Für die Kosten der Grenzüberwachung wird eine Erhöhung des Etats um 600 000 Gulden beantragt.

### Das neue Regime an der Ruhr.

Paris, 15. März. (B.T.B.) Ueber das Regime, das in dem besetzten Gebiet nunmehr seitens der französischen und belgischen Regierung zur Einsetzung gelangen soll, veröffentlicht „Devoir“ folgende Zusammenstellung:

1. Militärische Organisation: das französische Kontingent werde um 15 000 Mann verstärkt werden, das belgische um 5000 Mann. Insgesamt würden künftig beide Armeen aus 90 000 Mann bestehen, zu denen 10 000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzugählen seien.
2. Ingenieurmission: Diese werde unmittelbar dem General Degoutte unterstehen. Es werde künftig zwei Zivilkommissionen geben, eine französische unter Francken und eine belgische unter Leitung des Ingenieurs Hennecarte.

3. Eisenbahnregime: Dieses werde auf Grund der Brüsseler Konferenz keine Veränderungen erfahren.

4. Räumung der Kohlen- und Koksager: Der in Brüssel aufgestellte Plan laufe darauf hinaus, diese Maßnahmen in einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. Dies entspreche dem Vorschlag des Marschalls Foch, der angeraten habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohlen und Koks aus dem Ruhrgebiet heraushole, anstatt die Befehle weiter auszuführen, wie es General Degoutte verlangt habe.

5. Ausfuhrbewilligungen: In Brüssel sei es Belgien gelungen, die Ausschaltung sämtlicher Maßnahmen durchzuführen, die für den ausländischen Handel eine unnötige Erschwerung darstellten.

Ein Beamter des Quai d'Orsay habe sich nach Köln begeben, um dort zu versuchen, das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der Alliierten Frankreichs und der Neutralen anzupassen.

### Festnahme von Geiseln.

Essen, 15. März. (U.) Im Laufe des gestrigen Tages wurden in Steele der Amtsgerichtsrat Dr. Romig und Geheimrat Dr. Birz verhaftet und nach Bredeley geschickt. Die beiden Herren wurden nach Aussage des Zivilkommissars in Bredeley als Geiseln festgenommen, weil am Tage vorher die militarisirte Eisenbahnstraße Königsteck-Horst von unbekanntem Täter gesprengt worden ist.

Gelsenkirchen, 15. März. (B.T.B.) Der Kommandierende General hat bei der Verhängung der verschärften Verkehrsperre angeordnet, daß Grubenarbeiter, die mit einem gültigen Ausweis versehen seien, die Straßen auch nach 7 Uhr abends passieren dürfen. Wie der Begriff „gültiger Ausweis“ ausgelegt wird, geht nach der „Köln. Zig.“ aus der Tatsache hervor, daß die Zechen gezwungen waren, vorgestern und gestern abend um 5 Uhr die Arbeiter aus den Gruben ausfahren zu lassen, weil sie nicht im Besitz von Ausweisen waren, die in französischer Sprache ausgestellt sind. Es ist das erste Mal, daß im Ruhrgebiet das Anwesen gestellt wird, Ausweise in französischer Sprache herauszugeben.

Köln, 15. März. (B.T.B.) In Witten haben die Franzosen nach der „Köln. Zig.“ eine Belohnung von 250 000 M. auf den Kopf jedes Schuppbeamten ausgesetzt. Verschiedentlich wird mitgeteilt, daß französische Spione versuchen, in deutschen Betrieben als Arbeiter angestellt zu werden.

Reddinghausen, 15. März. (U.) Die „Reddinghauser Zeitung“ ist aus nicht angegebenen Gründen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Karlscube, 15. März. Während des gestrigen Mittags verließen die französischen Truppen die Gemeinde Knieleingen. Neue Truppen sind dort bisher nicht eingetroffen. Im Rheinhafen und im Maxau ist die Lage unverändert, ebenso in Offenburg. Nach der badischen Presse ist die französische Besatzung auch aus Urloffen zurückgezogen worden. Urloffen war seit dem 6. Februar besetzt.

### Lenins Befinden.

Moskau, 15. März. (U.) Im Befinden Lenins ist plötzlich eine Verschlimmerung eingetreten, welche die Sowjetregierung veranlaßt hat, aufs neue Krankheitsbulletins zu veröffentlichen, die an dem Ernst des Zustandes keinen Zweifel lassen. Heute wurden gleich zwei Bulletins ausgegeben, die vom gestrigen und heutigen Tage datiert und von den Professoren Rintowst, Förster, Kramer, Koshewnikow und dem Volkskommissar Semochko unterzeichnet sind. Der Ernst des Krankheitsbildes wird noch durch eine umfangreiche Regierungserklärung unterstrichen, in welchem ein längerer Abseh es zu entschuldigen sucht, daß bisher keine Bulletins veröffentlicht worden seien. Die Regierungserklärung teilt überdies mit, daß Lenin, nachdem er nach längerer Krankheit am 3. Oktober vorigen Jahres seine Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, schon Mitte Dezember aufs neue genötigt worden ist, die Leitung der Geschäfte der Sowjetrepublik zeitweilig auszugeben. Dabei haben die Ärzte ihm absolute Ruhe vorgeschrieben und ihm sogar die Zeitungslektüre verboten. Doch haben die Ärzte ihm gewisse allgemeine Arbeiten gestattet, als deren Ergebnis die in letzter Zeit veröffentlichten drei Artikel Lenins bezeichnet werden, deren unaktueller Charakter bereits allgemein auffiel. Als eine fortschreitende Besserung im Befinden eingetreten war, gestatteten die Ärzte Lenin aufs neue die aktive Teilnahme an den Staatsgeschäften, bis in den letzten Tagen die neue Verschlimmerung eintrat.

Wie wir bei Redaktionsschluss erfahren, soll das Befinden Lenins sich so verschlimmert haben, daß zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß vorhanden ist.

### Krisenstimmung an der Börse.

Der Berliner Devisen- und Effektenverkehr stand auch heute noch im Zeichen völliger Stagnation. Zusammenbrüche im auswärtigen Getreidehandel, die auch den Berliner Ploß stark berühren, haben die Befahren gezeitigt, mit denen man vorläufig im Geschäftsleben noch rechnen muß. Es zeigt sich deshalb auch auf keinem Gebiet irgendwelche Unternehmungslust. Die zunehmende Verschlechterung im allgemeinen Wirtschaftsleben hat auch das Aufhören jeglicher Bedarfskäufe am Devisenmarkt zur Folge. Selbst an der Börse fanden heute kaum noch nennenswerte Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln statt. Die Kurse waren bis gleiches mit gestern. Für Effekten besteht auf der Basis der gestrigen Notierungen eher noch Verkaufsmöglichkeit.

## Osterwünsche.

Schnajcht nach Verhandlungen.

Die Anzeichen mehren sich, daß man auch in Frankreich und England die Notwendigkeit unmittelbarer Verhandlungen einzusehen beginnt, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die Europa durch das Ruhrabenteuer geraten ist. Insbesondere zeigt sich in England bei jeder neuen Unterhausdebatte, daß die Regierungsmehrheit sich immer mehr verringert, was zweifellos auf die Passivität der Regierung Bonar Law zurückzuführen ist, mit der sogar eine starke Gruppe der Konservativen unzufrieden ist. Besonders deutlich gibt der allgemeinen Unzufriedenheit der „Manchester Guardian“ Ausdruck, der Bonar Law fragt, auf was in aller Welt er noch warte; auf die demütigende Bitte Frankreichs um die Dienste Englands? oder auf den Zusammenbruch des deutschen Widerstandes und die Annexion der Rheinlande, des Ruhrgebietes und des Saargebietes, zu der England seine nachträgliche Unterschrift würde geben dürfen? oder auf Nord und Lotharing im Ruhrgebiet? Man könne sich manche Entwicklungsmöglichkeiten vorstellen, aber keine, die Bonar Law eine günstigere Gelegenheit zum Handeln geben könne, als er heute habe.

Allerdings scheint Bonar Law noch immer nicht von seiner Passivität Abstand nehmen zu wollen. Das zeigte sich erneut in der gestrigen Unterhausdebatte, über die B.T.B. folgendes berichtet:

Im Unterhause fragte der Arbeiterevertreter Bugton den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Note des französischen Außenministeriums gelenkt worden sei, datiert vom 8. März, derzufolge der deutsche Botschafter in Paris zur Zeit der Pariser Konferenz am 2. Januar erklärte, daß er Anweisung erhalten habe, Poincaré in offizieller Form mitzuteilen, daß seine Regierung einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage aufgestellt habe. Bonar Law erwiderte, es sei ihm nicht klar, auf welche Note des französischen Außenministeriums Bugton Bezug nehme. Die britische Regierung habe alle Einzelheiten über die Pariser Konferenz veröffentlicht.

Bugton fragte weiter, ob die Regierung die Möglichkeit erwägen werde, die deutsche Regierung einzuladen, dieses Angebot mit den etwaigen Bedingungen zu erklären, die für seine Erneuerung niedergelegt würden. Bonar Law antwortete, er glaube nicht, daß irgendein Vorteil bestehen würde, zu der gegenwärtigen Zeit derartige Schritte zu tun. Das liberale Mitglied Benn fragte, ob das Angebot vor dem britischen Vertreter in Paris gemacht worden sei. Bonar Law erwiderte: „Nein, niemals!“

Auch in der gestrigen Sitzung des englischen Kabinetts, in der die Lage an der Ruhr eingehend geprüft wurde, scheint es zu keinem entscheidenden Beschluß gekommen zu sein. Im englischen auswärtigen Amt wurde gestern erklärt, daß England keine Interventionsabsichten hege. Trotzdem wird in gut informierten politischen Kreisen Londons behauptet, daß wenn auch die Regierung nicht direkt eingzugreifen beabsichtige, sie doch ihren Einfluß mit Takt und Vorzicht ausüben werde, um eine Regelung der Lage herbeizuführen. Der „Evening Standard“ erklärt, laut einer Meldung der Express-Korrespondenz, folgendes:

Er habe Informationen aus guter Quelle erhalten, daß man in London vorgeschlagen habe, öffentlich zu erklären: 1. daß die deutsche Regierung bereit sei, ernsthafte Vorschläge der Vereinigten Staaten, Englands oder einer anderen im gegenwärtigen Konflikt neutral gebliebenen Macht entgegenzunehmen, 2. daß Deutschland den Zutritt einer Wirtschaftskonferenz annimmt, die die endgültige Gesamtsätze der Reparationszahlungen und einen Zahlungsmodus festzulegen hätte.

Es ist recht bemerkenswert, daß diese Meldung über Paris verbreitet wird, ebenso wie die nachstehende „Europe-News“ aus dem „New York Herald“:

Eine hohe Autorität, die mit der Reparationskommission in Zusammenhang steht (dies dürfte der amerikanische Beobachter Roland Bonzen sein), erklärte gestern abend einem Vertreter des „New York Herald“, daß Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland nach vor Ostern beginnen würden. Deutschland habe seine Fühler ausgestreckt, um zu erkunden, ob es in der Schweiz, in Holland oder bei den Staaten der kleinen Entente Unterstützung finden könnte. Derselbe Persönlichkeit erklärte, Staatssekretär Hughes habe nach der Veröffentlichung der Brüsseler Beschlüsse, die besagten, daß das Ruhrgebiet nicht annektiert werden solle, die amerikanischen offiziellen Kreise in Paris befragt, ob Frankreich geneigt wäre, ein neues Angebot von Deutschland anzunehmen. Er habe die Antwort erhalten, daß die Tür für alle Verhandlungen offen stehe unter der Voraussetzung, daß die Anträge nicht von dritter Seite kämen. Offizielle Kreise in Paris hätten die Nachricht erhalten, Deutschland sei nunmehr überzeugt, daß eine Vermittlung oder eine Entscheidung in der Reparationsfrage durch den Völkerbund oder durch eine dritte Seite unmöglich seien. Deutschland habe Vertreter nach der Schweiz und nach der Tschechoslowakei entsandt, um hervorragende Diplomaten, darunter den tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch zu bitten, ihren freundschaftlichen Einfluß auf Frankreich auszuüben, damit die Verhandlungen eröffnet werden könnten, ohne daß das internationale Prestige der deutschen Regierung darunter lide.

Nach allen diesen Mittellungen scheint es, daß sich die Vernunft, wenn auch langsam, Bahn zu brechen beginnt, und daß sich die verantwortlichen Staatsmänner der Verantwortung bewußt zu werden anfangen, wenn sie die Dinge weiter ihren verhängnisvollen Gang nehmen lassen. Optimistische Erwartungen wären allerdings noch verfrüht.



Der Weg aus der Sackgasse wird nur gefunden werden, wenn die arbeitenden Klassen in allen beteiligten Ländern einen so starken und nachhaltigen Druck auf ihre Regierungen ausüben, daß diese unter Ablehnung einer jeden Prestigepolitik die Bahn der wirtschaftlichen Vernunft und der internationalen Verständigung beschreiten, von der sich die Gewaltpolitik der französischen Regierung so weit entfernt hat.

Die Rede des Reichskanzlers vom 6. März hat zu manchen Mißverständnissen geführt, aber auch zu direkten Fälschungen Anlaß gegeben. Wir stellen deshalb nach dem uns jetzt vorliegenden amtlichen Text der Rede des Reichskanzlers fest, daß Cuno u. a. erklärte:

„Nicht darum geht der Kampf, ob Deutschland sich verständigen will, sondern darum allein, ob Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands einer freien Verständigung unter gleichberechtigten Gegnern und auf wirtschaftlichen günstigen Grundlagen anerkennt, oder ob es weiter auf seiner Politik der Ultimaten, der Sanktionen und der Kapitulationen besteht. Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Demokraten; Rufe auf der äußersten Linken: hört, hört!) mit den Verhandlungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern auch an die französische Adresse zu richten wären!“

Die Wendung: „Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen...“ aus dem Zusammenhang gerissen, gibt den Nationalisten Anlaß, Deutschland, zu seinem eigenen Schaden, als Gegner von Verhandlungen hinzustellen. In Wirklichkeit hat der Kanzler vor bzw. nach dieser Wendung fünfmal klipp und klar die deutsche Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck gebracht:

1. „Kohle und Holz, Geld und Gut konnte Frankreich von uns im Frieden haben bis zur Grenze unserer Leistung, kann es heute haben nach ehrlicher, freier Verständigung.“ (Bravo in der Mitte und links.)

2. „Wir wollten ehrlichen Herzens die Reparation, wollten aufrichtig den Weg der Arbeit zur endgültigen vollen Freiheit gehen, wollten die Verständigung der Völker statt ihren Haß; — wir wollen es noch!“ (Erneutes Bravo!)

3. „Wir wollten und wollen die Verständigung der Völker (Sehr gut bei den Verein. Soz.), das ist so offenkundig, daß es keiner Geschichtsklitterung bedürftig ist, und die Verantwortung an diesen Rechtsbrüchen zuzuschreiben.“ (Sehr gut!)

4. „Wenn uns ein Weg geöffnet wird, der frei vom äußeren Druck uns gleichberechtigt in offener Aussprache zu Recht und Vernunft zurückführt, so wird die Regierung ihn gehen.“ (Bravo! bei den Dem. und den Verein. Soz.)

Zum Schluß sprach der Reichskanzler von der Notwendigkeit, die Kampfregeln geschlossen zu halten, weil es sonst dahin wäre

„mit der Selbstbestimmung der deutschen Republik, mit der Einheit des Reiches, mit der Freiheit des deutschen Volkes, mit all dem, was an sozialem Recht entwickelt und entwickelungsfähig in Deutschlands Staat und Arbeiterschaft lebt. (Lebhafte Zustimmung bei den Verein. Soz., bei den Dem., im Zentrum und rechts). Wer das nicht will, muß weiter mit uns ausharren. (Sehr gut im Zentrum) bis zu dem Tage, wo man auf der anderen Seite einseht, daß das waffenlose Deutschland nicht mit Waffen zu besiegen ist und bis die ehrliche Vereinbarung gleichberechtigter Völker endlich an die Stelle des militärischen Diktats treten wird.“ (Sehr gut bei den Verein. Soz. und bei den Dem.)

Der genaue Text der Rede Cunos läßt demnach die Verhandlungsbereitschaft des Reichskanzlers viel klarer hervortreten als die bisher veröffentlichten Reichstagsberichte. Nichtsdestoweniger wäre es notwendig, daß der Reichskanzler den Mißdeutungen seiner Rede durch die rechtsstehende Presse offen entgegenträte.

### Französische Pressestimmen.

Paris, 15. März. (EP.) Die Redungen und Gerüchte über bevorstehende Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland finden auch in den Kommentaren der Tagespresse ihr Echo. Der „Gaulois“ schreibt, daß in allen politischen Kreisen die Gerüchte über Friedensverhandlungen immer hart-

nächtiger werden. Man dürfe darum nicht erstaunt sein, wenn noch vor einem Monat Verhandlungen zwischen Paris, London, Rom und Berlin im Gange seien. Der „Figaro“ ist der Ansicht, daß in London eine bedeutende Strömung zugunsten einer Intervention besteht und diese in Form eines Bündes zwischen England und Amerika gebildet sei, um durch gebietendes Auftreten eine Lösung der kontinentalen Streitigkeiten herbeizuführen.

In der „Ere Nouvelle“ stellt Auguste Hammon fest, daß die Ruhrexpedition nur ein Mißerfolg werden könne. Sie hat nicht nur kein Geld eingebracht, sondern noch große Summen verschlungen. Die Sicherheit Frankreichs hat durch sie nicht erhöht werden können, da der nationale Haß der Deutschen nach zugenommen habe und die Entente durch England geschwächt worden ist. In Amerika dürfe nicht gedacht werden, daß England und Amerika sich dagegen wenden würden. Wenn man den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands wolle, so wäre dies für den französischen Kapitalismus kein Vorteil, da Frankreich und Deutschland wirtschaftlich solidarisch seien. Die Zeitung fordert daher direkte Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland, sofern es sich um nationale Fragen handele, die nur die beiden Länder angehen. Die Verbindung zwischen dem französischen Eisen und der deutschen Kohle sei für die Sicherheit Frankreichs und für den dauernden Frieden in Europa von größerem Wert als Sanktionen und Garantieverträge.

Im „Echo de Paris“ zeigt sich Bertinot äraerlich darüber, daß die Räumung des Ruhrgebietes nur an die Bezahlung von Reparationen und nicht an militärische Garantien gebunden sein soll. Dies werde aber nicht verhindern, daß bei den künftigen Verhandlungen die militärische Seite ebenfalls besprochen werden könne.

### Polemik.

#### Da kommt der Vensch, der liebe Junge.

Der „Voss. Ztg.“ sind in der letzten Zeit einige Irrtümer in ihrer Londoner Berichterstattung passiert. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der selber keine Nachricht zu bödsinnig ist, wenn sie zur nationalstiftischen Verhehlung mißbraucht werden kann, ist darüber sehr aufgeregt. Infolgedessen hat sich zwischen Georg Bernhard und Paul Vensch eine Unterhaltung angesponnen, die von Vensch in der neuesten Nummer seines Blattes folgendermaßen fortgeführt wird:

Was hier zutage tritt, ist eine merkwürdige Mischung von Pöjz und Schusterle. Während uns die drolligen Kapriolen und Widersprüche des in der Klemme Stuhdens amüßeren, empfinden wir zugleich äußersten Widerwillen über die Leichtfertigkeit, mit der hier einem Dritten die Ehre abgeschnitten wird. Wir unterseits sind dem Himmel dankbar, daß wir über das, was ein ehrlicher politischer Schriftsteller tun und lassen darf, andere Begriffe haben als Herr Bernhard, der zugleich wohl auch Vorlesender des Vereins „Berliner Presse“ ist. In der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ würde jedenfalls ein Herr mit derartigen Ehrbegriffen oder gar Praktiken nicht eine Stunde geduldet werden.

So Herr Vensch in einem längeren Leitartikel, zu dessen Anfang die Worte stehen: „Wir lassen nur die Tatsachen sprechen.“ Uns ist's wie holder Klang aus alter Zeit. . .

### Die Verschwörer Schweigen.

München, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Enthüllungen des „Vorwärts“ und der Münchener „Post“ über die intimen Verbindungen der Verschwörer mit fast allen „prominenten“ Persönlichkeiten der Rechtsradikalen haben im Lager der Rechten große Verwirrung angerichtet. Ludendorff und Ingländer bemerken, daß sie an den Umtrieben der französischen Agenten teilgenommen oder davon unterrichtet waren. Dies ist von niemandem behauptet worden! Unser Parteiorgan wies lebhaft darauf hin, daß Ingländer durch seine freundschaftlichen Beziehungen zum „Bundes Blücher“ blamiert sei und daß er mit der Nationalsozialistischen Sturmabteilung und der Organisation Röhbach enge Beziehungen unterhalten und durch seine Rede gegen die Reichsregierung und Ruhrabwehr sich in eine Linie mit Hitler gestellt habe.

Ueber diese Tatsachen (Schweigen Ludendorff und Ingländer, weil sie nicht zu bestreiten sind. Es schweigt die gesamte bürgerliche Presse, es schweigt auch die Vorstandschaft des „Bundes Blücher“. Wo bleibt die Erklärung, daß der Führer Berger ohne Wissen der anderen Häupter des Bundes Blücher gehandelt habe? Dieses

Schweigen ist ein unantastbarer Beweis, daß nicht nur die Person Bergers in die Transaktionen mit Frankreich verwickelt ist, sondern daß der Bund Blücher geschlossen für die Durchführung des Putschs eingesetzt werden sollte.

Auch Ruge schweigt! Dieser freigeistigste Hochverräter der deutschen Republik und Organisator der Rührerzentrale hätte doch alle Veranlassung, von seinen bisherigen Freunden Berger und Konforten abzurücken, da er durch seine gleichzeitige Verhaftung stark kompromittiert ist. Dieser Führer der antisemitischen Propaganda für Süddeutschland nennt sich übrigens augenblicklich Universitätsprofessor, obwohl er nicht einmal mehr das Recht hat, den Titel Privatdozent zu führen. Ruge hat augenscheinlich die Titelucht, denn auch im Schloß Birlau ließ er sich „Geheimrat von Berger“ nennen.

Ueber den verhafteten Fuchs erfahre ich zuverlässig, daß er mit seiner Frau an einem freitisch für bedürftige Künstler tätig war, später jedoch über verschwendliche Geldmittel verfügte und oft in Begleitung französischer Offiziere gesehen wurde.

### Hinter verschlossenen Türen.

#### Ein Münchener Landesverratsprozeß.

München, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Münchener Volksgericht hat den aus der Dobner-Affäre bekannten Kraftwagenführer Bräuer wegen verurteilten Landesverrats zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Dieser Prozeß wurde zum ersten Male unter völligen Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt; auch den Pressevertretern hat man den Zutritt zum Verhandlungsraum nicht gestattet. Sogar die rechtsradikalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ bemängeln diesen Ausschluß der Pressevertreter. Unser Parteiorgan, die „Münchener Post“ stellt fest, daß man bisher niemals bei Landesverratsprozessen die Presse völlig ausgeschlossen habe. „Das läßt die Deutung zu, daß man jetzt bestimmte Fälle schaffen will, auf die man sich im geeigneten Augenblick berufen kann. Will man etwa auch den Landesverratsprozeß der Fuchs, Röhbach und Genossen unter völligen Ausschluß der Öffentlichkeit mit dem Hinweis darauf verhandeln, daß man in anderen Fällen ebenso verfahren ist? Bei der Einstellung des Münchener Volksgerichts ist diese Deutung durchaus nicht von der Hand zu weisen. Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß gerade in dem Falle der monarchistischen Verschwörer die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, klar zu sehen. Damit hat es doch auch der Vorleser in der Besprechung-Prozeß begründet, daß man in völliger Öffentlichkeit verhandelt. Bei der Dobner-Affäre, die jedenfalls die Ursache zur Ermordung des Genossen Gareis war, ist schon die Frage aufgeworfen worden, was mit jenen ehrenwerten Regierungsräten geschehen sollte, die sich des Bräuer-Bräuer als williges Werkzeug bedienten. Wird gegen sie überhaupt einmal verhandelt, und wenn, dann auch hinter verschlossenen Türen?“

Auch die „Münchener Post“ stellt heute fest, daß die französischen Umtriebe in Bayern nicht jüngeren Datums sind, sondern auf die Zeit der Ernennung Dords zum französischen Gesandten in München zurückgehen. Unser Parteiorgan fragt deshalb, ob es richtig ist, daß Herr v. Kahr für die Einrichtung einer französischen Gesandtschaft in München gewirkt habe, um so die Selbstständigkeit Bayerns nach außen gebührend in Erscheinung treten zu lassen. Die „Münchener Post“ stellt ferner fest, daß Richter die Seele der französischen Intrigen in München, kein harmloser Agent, sondern ein hoher französischer Generalkonsul ist, dessen unheilvolles Wirken die Bevölkerung des Saargebietes und besonders die Arbeiterorganisationen aller Richtungen dort zu fühlen bekommen. Unser Parteiblatt spricht dann andeutungsweise von einer bekannten und ungläubigen „Vorführung“ in der Nähe Münchens, und fordert, daß endlich mit dem bisherigen System gebrochen und eine Reinigung vollzogen werde. Das müsse rasch und gründlich geschehen.

Wegen Landesverrats wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Augsburg der kommunistische Münchener Stadtrat Weigl festgenommen. Der Landesverrat wird in einem Artikel der „Roten Bayernsache“ erklärt.

Eine kommunistische Druckerlei abgebrannt. Wie die „Sozialistische Republik“ in Köln meldet, ist in der Nacht zum Dienstag auf die Reichsheide kommunistische Zeitung „Vergilische Volksstimme“ ein Attentat verübt worden. Das Gebäude ist an verschiedenen Stellen angezündet worden und ist vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehr konnte nur noch das Ueberbleibsel des Feuers auf die Nachbargebäude verhindern.

Ein amerikanischer Flug um die Welt. Wie der Leiter der Luftabteilung der amerikanischen Marine Admiral William Moffatt mitteilt, soll das starke Luftschiff ZN-1, das jetzt zu Lakehurst in New Jersey fertiggestellt wird, dazu verwendet werden, einen Flug um die Welt zu machen und dann zu versuchen, von der Luft aus den Nordpol und Südpol zu bezwingen. Vorher wird das Schiff Versuchsflüge nach allen großen Städten der Vereinigten Staaten unternehmen. Ein zweites starkes Luftschiff ZN-2 wird gegenwärtig mit großer Beschleunigung für die amerikanische Regierung in Deutschland gebaut. Moffatt erklärte die Schaffung einer starken Zeppelin-Flotte für die wichtigste strategische Aufgabe, weil infolge der Entwicklung der Flugzeuge die Bermuda-Inseln zu dem „amerikanischen Heiligtum“ geworden seien, nach seiner Ansicht würde im Falle eines Krieges der Feind von den etwa 850 Kilometer entfernten zu England gehörigen Bermuda-Inseln in der Lage sein, New York und die ganze atlantische Küste anzugreifen, sowie von Jamaica aus den Panamakanal zu bombardieren.

Juden und Nihilisten. Ein junger Gelehrter, Johannes Jacob, hat kürzlich Untersuchungen über die Begabung jüdischer und nicht-jüdischer Schüler „in einer Großstadt Mitteldeutschlands“ (Leipzig?) angestellt, indem er die Leistungen der Knaben verglich. Berücksichtigt wurden folgende Gebiete: Sprachliche, Gedankenausdruck, Rechtschreibung, Erdkunde, Naturgeschichte, Rechnen, Fleiß und Aufmerksamkeit. Es zeigte sich, daß auf den fünf zuerst genannten Gebieten die mittleren Jenuren bei den Juden seltener und die schlechten in größerer Zahl vertreten waren; aber auch die allerbesten Juden wurden mehrfach bei den Juden häufiger gefunden als bei Nichtjuden. Im Rechnen war sowohl Durchschnitt wie Beteiligung auf die einzelnen Rechengrade bei beiden Rassen annähernd gleich. Dagegen fiel bei Fleiß und Aufmerksamkeit die geringe Zahl sehr guter Jenuren bei den Juden auf. Das Ergebnis der Arbeit ist: Daß die durchschnittliche Leistung in den meisten Fächern bei jüdischen Schülern etwas geringer ist als bei den Nichtjuden. Das steht allerdings im Gegensatz zu einer anderen Arbeit von Remelschel, der bei den jüdischen Schülern, allerdings älterer Jahrgänge (Jacob hat zehnjährige Schüler im Auge), durchgehend bessere Leistungen und reicheres Tempo fand, so daß er den Schluß auf eine unsehbare stärkere Beanspruchung zieht.

Die Große Volksparty hat das Ausführungsrecht von Julius Cäsar von C. B. in der Veranstaltung von Dr. Oskar Loosen, München, erstanden. Die Ausführung findet voraussichtlich Ende April statt. Die Party hat sie sich auch das Ausführungsrecht von „Cito und Theobano“ von C. B. in der Veranstaltung des gleichen Verfassers gesichert.

Am Kleinen Theater ist nunmehr die Premiere von Fritz Schellens Komödie „Das hässliche Band“ am Sonnabend, 7 Uhr, angelegt.

Emmanuel Reicher hat einen Vertrag mit dem Realtheater, Kleines Theater geschlossen und wird in der bevorstehenden Aufführung von „Rampj der Geschichte“ mitwirken. Hierauf wird er die Titelrolle in dem Schauspiel „Schied“ darstellen.

Der Neue Literarische Bund will dramatische Werke neuer Autoren veranstalten. Angenommen wurden drei Ansätze von Hermann Peterlen: „Beitagen“, „Schicksal“, „Die Verleumdung“, die am 21. März, 7 1/2 Uhr, in der Tribüne, unter der Regie von Paul Gendel aufgeführt werden.

### Frau Dingsda.

Von Max Geisenhögner.

Frau Dingsda fährt mich überall, und doch bin ich ihr dankbar, denn sie bringt mich zu mir selbst zurück und verhilft mir zur Sparfamkeit. Will ich in eine Oper und habe alle Geldscheine zusammengetragen und gefüllt, so begegnet sie mir unterwegs und will auch zur Oper. Das kann ich nicht vertragen. Wo Frau Dingsda hingehet, gehe ich nicht hin. Oder es gibt ein gutes Konzert, und mein Herz hüpf schon vor Freude in Sechzehntelnoten. Ich verneige mir zwei Zigarren und will mir mein Billet holen. Da steht schon Frau Dingsda freudestrahlend und holt sich auch eins. Ich verzichte, kaufe mir zwei Zigarren und rauche sie in holder Einsamkeit. Basta. Kürzlich am Ersten, als ich mein Gehalt in Zehnmarktscheinen bekommen hatte und die Kiste unter'm Arm trug, dachte ich, wie schön wäre es, wenn du dir jetzt ein Auto kaufen könntest. In der I-Stroße kam der große Laden. Hinter seinen Scheiben leuchteten die glänzenden Wunderdinge. Ich stellte meiner Kisten vor mich hin und presste die Nase gegen die Scheiben. Dahinten stand eins. Ein blau- und weißlackiertes, langes. Das gefiel mir. Ich schloß in Gedanken meine Frau hinein, kaufte ihr einen neuen Hut, eine Jacke aus Fohlenhaut und ein Paar blau- und weißlackierte Stiefel. Fein sah sie darin aus. Ich dachte, es ist das Beste, wir gehen gleich in den Wagen. Wir richten ein Etüschchen darin ein und fahren in den Wald. Wir leben dann auf irgend einem Wiesengrund. Morgens bestelle ich mein Frühstück, ersehe ich sanft hin ein Rebhuhn, ersehe, schreie Geflügel, freunde mich, um meine Menschenkenntnis zu erweitern, mit Füchsen an, und klettere mit meinem Weibe auf den Bäumen herum. Abends fahren wir natürlich beide ins Theater. Wir lassen uns da gleich von außen einen besonderen Eingang zu unserer Loge bauen. In der Loge stünde ein netter, kleiner Abendbrötchen mit ein paar halben Flaschen Wein. Ueber der Loge wäre ein eiserner Vorgang, der lautlos heruntergeht, wenn uns das Stück nicht gefällt.

„Sie!“ Hippie mich jemand auf die Schulter, „das blaue lackierte Auto dahinten hat mein Mann gekauft. Wir wollen Sonntag damit fahren.“ Es war natürlich Frau Dingsda. Ich sah sie an, ohne sie anzusehen, aber sofort war mir in diesem Augenblick klar, daß es im Walde häßlich ist, daß ein Auto klinkt und der anderen Leuten Sand in die Augen streut, daß es in der Stadt viel unanständiger ist, daß mein Weib gar nicht auf die Bäume klettert kann, daß es viel lieber in der Elektrizität sitzt und daß, wenn auch unsere Nasen reichlich beim „Triften“ auf der Galerie bis in die Burgeln erschüttert wurden, diese Galerie der beste, bequemste, abgeschlossenste Ausenball ist. „Si bösen ja!“

„Ich dachte an Sie,“ erwiderte ich, „Sie geben mir immer das

fehlende Gleichgewicht wieder.“ Da lächelte sie beglückt und wurde ganz rot vor Vergnügen.

Ich aber nahm meine Kiste unter den Arm und ging davon. Frau Dingsda sah mir sprachlos nach.

Neues in der National-Galerie. Zum 75. Geburtstag von Karl Hagemeyer hat die Berliner National-Galerie in ihrem mittleren Stockwerk eine kleine Ausstellung eingerichtet, die mit meist neu erworbenen Werken des Meisters ein Bild seiner künstlerischen und menschlichen Persönlichkeit gibt. Direktor Justi erwarb vor einiger Zeit für die Galerie zwei vorzügliche Werke aus Hagemeyers früherem Schaffen, die Bandhöhe mit dem Bockfen aus dem Jahre 1878 und die große dunkelblauwe Hasenlandschaft mit den Rehen. Die Anschauung von Hagemeyers Kunst wird durch zwei Reihen von Zeichnungen bereichert: italienische Landschaftsstudien aus der Wanderzeit von 1876 und Studien im Zusammenhange mit dem Weissenbilde von 1915. — Die neuere Abteilung der Galerie, das Kronprinzenpalais, bringt mehrere Neue. Im obersten Stockwerk wurden vorübergehend die dielumirriten, das menschliche Leben darstellenden Bilder des Kasseler Malers Oswald Dübbergs aufgehängt, die im vorigen Sommer für die große heilige Ausstellung im Auftrage der preussischen Kunstverwaltung entstanden und dann ins Ausland verkauft worden sind. Im selben Räume wurden zwei neue Glasmodelle des Künstlers vor den Fenstern eingebaut. — Als Neuerwerbungen der National-Galerie sind in einem der Kabinette des Obergeschosses eine Anzahl von neueren Aquarellen von Emil Nolde aufgehängt worden. Sie sind hier im Augenblick um so interessanter, als im Nachbarraume aus dem Besitze eines weitbewanderten Sammlers mehrere Delibilder zur Ausstellung kamen, die Noldes Schaffen von allen seinen Seiten zeigen: das dreiteilige Bild der ägyptischen Magdalena, ein Familienbildnis und ein Stillleben.

Das andere Frankreich. „In den letzten Wochen, seitdem an der Ruhr jener Söldner wütet, der mit Militarismus und Imperialismus unzer trennlich verknüpft zu sein scheint.“ schreibt Paul Westheim in dem von ihm herausgegebenen „Kunstblatt“, „enthalten die Briefe, die uns aus Frankreich, von jungen Künstlern und Schriftstellern, zugehen, Anmerkungen, die auf die Ruhrdehnung Bezug nehmen. Man scheint die Verpflüchtung zu fühlen, den Kameraden, den geistigen in Deutschland, denen man durch künstlerische Streibungen verbunden ist, die Hand zu drücken. Man versichert, nichts gemein zu haben mit jener „Hand voll Glender, gegen die wir machtlos sind.“ Ein Maler schreibt: „Geben Sie nichts auf die Zeitungen — man reißt nicht schlecht das Maul auf, aber der Front ist und das Brot wird teuer. Wann werden wir aus all dem herauskommen!“ Der Herausgeber einer großen Zeitschrift: „Ich halte vollkommen daran fest, daß in meiner Zeitschrift regelmäßig ein Platz für die deutsche Kunst vorhanden ist, und halte daran fest, daß die Chronik regelmäßig von einem Deutschen gemacht wird.“ Und ein anderer bekannter Kunstschriftsteller, der uns bittet, die Freunde von Brübe zu grüßen, der aufgebracht gegen die „Bestimmung einer Handvoll Menschen, die nur unser Leben vergiften und das Ihre unmöglich machen,“ sagt geradezu: „Wir müssen die Schande tragen, Franzosen zu sein.“



# Ein Waffenlager auf Schloß Caputh.

Versteckte Maschinengewehre auf dem Schloßboden.

Schon seit längerer Zeit gingen Gerüchte um, daß in Schloß Caputh eine größere Menge Waffen verborgen gehalten werden sollten. Dem Regierungspräsidenten von Potsdam wurde Mitteilung davon gemacht. Durch den stellvertretenden Gemeindevorsteher Wilhelm Weese und durch Canthjäger wurde gestern das Schloß durchsucht. Der Schloßbesitzer, Herr v. Wilsch, erklärte den Beamten, daß er keinerlei versteckte Waffen im Schloße aufbewahre.

Auf dem Wäschboden ließ man auf eine Wand, die nicht fachgemäß vermauert war, als man die ersten Steine herausnahm, sehen die Beamten ein Waffenlager vor sich. Ein enormer Bestand von Waffensmaterial wurde beschlagnahmt. In zehn Kisten waren etwa 8 bis 9 Maschinengewehre sachgemäß auseinandergelegt und versteckt. Andere Kisten enthielten größere Mengen Schloßer. Als der Schloßherr erschien und darum befragt wurde, rief er: „Es ist unerheblich, daß man Gejandel von der Straße in sein Schloß heretrasen muß. Man möchte es mit der Reichspolizei herausholen.“

Die Waffen wurden beschlagnahmt und der Raum verriegelt, bis weitere Anweisungen des Regierungspräsidenten erfolgen. Der Schloßherr, um die Herkunft der Waffen befragt, verweigerte jede Auskunft.

## Gegen die Selbstschußformationen.

Breslau, 15. März (WZ). Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Juli 1922 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen wurde am 10. März der Kaufmann Wilhelm Klein in Trebnitz, früherer Kreisleiter der von der Reichsregierung verbotenen Arbeitsgemeinschaft Korbach, verhaftet. Klein hatte in zahlreichen von ihm einberufenen Versammlungen die Aufforderung von Selbstschußformationen propagiert. Die Bevölkerung wird daher erneut darauf hingewiesen, daß die Regierung am passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung festhält, dagegen jeden Versuch eines aktiven Widerstandes ablehnt und gegen alle Versuche zur Aufstellung von Schußformationen mit allen Mitteln vorgehen und gegen Werber wie Angeworbene rücksichtslos einschreiten wird.

## Bolschewistischer Terror in Georgien.

Von georgischen Genossen wird uns geschrieben: Die „Tscheka“ der russischen Okkupationsbehörden in Georgien macht im amtlichen Organ der Kommunistischen Partei, „Sorka Wostoka“ (Nr. 38 vom 18. Februar), bekannt, daß sie am 14. Februar in Tiflis 92 Personen, darunter 2 Frauen, erschossen ließ. Gleichzeitig wurden 12 Personen in Dsugueti, darunter ein hervorragendes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Georgiens, Genosse Wiphe Gogudse, und 19 Personen in Batumi, hingerichtet.

123 Menschenleben — manche Schlocht im Kriege hat weniger Opfer gekostet! Keiner von den Hingerichteten wurde vor ein Gericht, und sei es auch nur das der Tscheka selbst, gestellt; keinem von ihnen wurde ein bestimmtes Verbrechen, und sei es auch nur eines im Sinne der bolschewistischen Rechtslehre, nachgewiesen. In der amtlichen Bekanntmachung der Tscheka über die Hinrichtung der 92 Personen in Tiflis heißt es bloß, ihre Namen seien wegen verschiedener schwerer Verbrechen „registriert“ gewesen, es seien gegen sie „schwere Anklagen erhoben“ worden.

In bezug auf einige wenige der Hingerichteten mögen diese Angaben zutreffen, aber auch in diesen Fällen handelte es sich um frühere Verbrechen, wegen der die Ungläublichen einen Teil der Strafen schon verbüßt hatten (manche von ihnen waren schon anderthalb Jahre in Haft). In einigen Fällen handelte es sich um Personen, die im Verdacht standen, Verbrechen begangen zu haben. Gegen die meisten der Hingerichteten lag aber nicht einmal ein solcher Verdacht vor.

Es ist ein Zufall, daß das Blutbad unmittelbar nach dem hohen Besuch Sinowjews in Georgien stattfand? Oder geschah es sogar auf seinen direkten Befehl? Vieles läßt vermuten, daß der Massenmord eine direkte Folge der Sinowjewischen Inspektionsreise war: Unter den Hingerichteten befinden sich Arbeiter, die als alte treue Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in scharfer Opposition zur kommunistischen Okkupationspartei Georgiens standen, ein Geistlicher, ein Student (Sohn eines bekannten georgischen Dichters), ein Gymnasialdirektor, ein bedeutender Funktionär der Sozialdemokratischen Partei Georgiens, der mehr als 25 Jahre hindurch seine ganze Lebenskraft der Partei opferte, und andere, die mit Banditismus natürlich nichts zu tun hatten und geopfert wurden, nur weil die bolschewistischen Götter nach Blut dürsteten.

## Wilna polnisch.

Wars, 14. März. (WZ). Ueber die heutige Sitzung des Volkskongresses wird folgender Bericht ausgeben: Der Volkskongress trat heute vormittag seine Entscheidung über die polnisch-russisch-litauische Grenze. Sie trägt der tatsächlichen Lage Rechnung und wird morgen der polnischen Regierung notifiziert werden. Der Volkskongress nahm ferner Kenntnis von dem Bericht der nach Romel entsandten außerordentlichen Kommission und hörte den ältesten Oberkommissar in Romel, Petisak. Daraus bemerkt hierzu, der Wortlaut des Berichtes ergebe, daß Stadt und Gebiet Wilna Polen zugesprochen worden sei. Der Beschluß ratifizierte auch die durch den Rigauer Vertrag festgelegte litauisch-polnisch-russische Grenze.

## Devisenkurse.

	15. März		14. März	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	8221.54	8263.11	8231.88	8265.62
1 argentinische Papier-Peso	7700.70	7780.80	7705.68	7744.82
1 belgischer Franc	1092.28	1097.74	1082.28	1087.72
1 norwegische Krone	8785.51	8804.40	8770.55	8782.45
1 dänische Krone	8967.48	8907.59	8975.03	8964.97
1 schwedische Krone	5541.11	5568.89	5531.12	5558.87
1 finnische Mark	677.55	680.96	678.80	681.20
1 japanischer Yen	9975.—	9925.—	9975.—	1025.—
1 italienische Lire	985.80	1000.50	990.50	995.49
1 Pfund Sterling	9775.51	98245.—	97755.—	98245.—
1 Dollar	20822.81	20927.14	20792.88	20897.12
1 französischer Franc	1275.80	1282.20	1259.84	1265.66
1 brasilianischer Milreis	2294.25	2305.76	2294.25	2306.76
1 Schweizer Franc	8876.28	8985.72	8875.28	8984.72
1 spanische Peseta	8207.96	8234.04	8204.48	8230.54
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	28.80	29.93
1 tschechische Krone	—	—	618.45	621.55
1 ungarische Krone	—	—	6.58	6.57
1 bulgarische Lewa	—	—	182.65	183.81
1 jugoslawischer Dinar	—	—	218.46	214.54

# Der Prozeß der Gismischerinnen.

Der Vater der Frau Klein.

Nach dem gestrigen Zusammenbruch der Angeklagten nach dem Schluß der Sitzung zeigen sie sich heute wieder sehr ruhig und gefaßt. Trotz der äußerlichen Ruhe irren die Augen der Angeklagten Klein umher und ängstlich zwischen dem Richterstuhl und der Geschworenenbank hin und her.

Nach Eröffnung der Sitzung wird zunächst der Vater der Angeklagten Klein, der Tischler Thieme aus Braunschweig, aufgerufen. Bei seinem Erscheinen duckt sich die Klein nieder und weint still vor sich hin. Der Zeuge Thieme bekundet: Kurz nach der Hochzeit schrieb meine Tochter bereits, daß sie sich in der Ehe nicht glücklich fühle. Im Juli 1921 kam sie nach Braunschweig und erklärte: Ich kann nicht bei ihm bleiben, ich suche mir hier Stellung. Mein Schwiegervater schrieb dann Briefe, in denen er sie bat, zu ihm zurückzukehren. Ich veranlaßte sie nach 14 Tagen, nach Berlin zurückzufahren, denn das, was sie mir mitgeteilt hatte, hielt ich für keine Zwistigkeiten, die in jeder Ehe mal vorkommen. Der Zeuge sagt u. a., daß seine Tochter nachmalig ihren Mann verlassen habe und daß Klein nach Braunschweig kam und erklärt habe, er nehme die ganze Schuld auf sich. Die Verhandlungen entschludigte er mit Tränen. Schließlich fuhr er mit Klein nach Berlin. Am Sonntag, den 22. Januar, habe er mit ihm zusammen die Tochter geholt. Meine Tochter zog die Ehescheidungsklage zurück. — K. A. Dr. Brandt: Herr Zeuge, machen Sie sich nicht die größten Vorwürfe, Ihre Tochter veranlaßt zu haben, zum Manne zurückzukehren? — Zeuge: Jawohl. Wenn ich es aber vorausgesehen und alles gewußt hätte, wäre ich doch anders verfahren. — Oberstaatsanw.: Herr Thieme, war Ihnen bekannt, daß Ihre Tochter in jener Zeit ein unmoralisches, pervertes Liebesleben mit der Angeklagten Rebbe hatte? — Zeuge: Nein. — Oberstaatsanw.: Hat Ihre Tochter früher Abneigung gegen Männer gezeigt? — Zeuge: Darüber weiß ich nichts. Ich bin ins Feld gegangen, als meine Tochter noch sehr jung war und erst 1918 zurückkehrte.

Nach der Schilderung eines Zeugen Getze, bei dem Klein in Arbeit stand, habe sich Klein selbst in sehr roher Weise über die Art, wie er mit seiner Frau in der Ehe verführe, ausgesprochen und einmal gesagt: Heute Nacht wird Dressurkunde abgehalten. In der Trunkenheit war Klein sehr brutal. Klein sei ein ganz entnervter Mensch gewesen und er habe ihm schließlich die Arbeit gestündigt.

Zu einem heftigen Austritt kommt es sodann, als der Chemiker Rebbe den Angeklagten nach einmal gegenübergestellt wird. Während er nochmals ausfragt über die mit Salzsäure versetzten Speisen macht, springt die Angeklagte Rimmer auf und schreit in heftiger Ekstase: Der Mann lügt! Der Mann hat mein Kind vergiftet. Ich bin Frau Klein dankbar, daß es so gekommen ist, sonst lag mein Kind längst unter der Erde. — Dann beginnt die Vernehmung der Sachverständigen. Zuerst erhalten die Chemiker das Wort, um sich über die Arsenmengen zu äußern, die im Körper des ermordeten Klein gefunden wurden.

## Dezentralisation?

Zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Stadtzentrale und den Bezirken.

In der Schöneberger Bezirksversammlung wurde gestern in Gegenwart des Oberbürgermeisters Boeh und des Stadtkommissars Range über einen Antrag der Deutschnationalen verhandelt, der die Entsendung einer gemischten Deputation im Bezirk zur Besprechung von Änderungen des Groß-Berliner Gesetzes verlangt. Der Sprecher der Deutschnationalen, Stadtorbener Dr. Kirchner hielt sich im wohlwollenden Gegensatz zu den sonst beliebten demagogischen Angriffen der Rechtsparteien durchaus im Rahmen der Einheitsgemeinde, deren Notwendigkeit, geschichtlichen Fortschritt und Unabhängigkeit er ausdrücklich betonte. Er verlangte im wesentlichen nur eine größere Dezentralisation der Verwaltung. Oberbürgermeister Boeh erklärte in sehr deutlicher Form, daß der Magistrat an der Einheitsgemeinde und an der Finanzhoheit unter allen Umständen festhalte, daß eine Dezentralisation der Verwaltung aber durchaus möglich und wünschenswert sei, nur solle man nicht gleich zum Gesetzgeber laufen, sondern in Berlin sich auf dem Wege der Verständigung zwischen Zentrale und Bezirken selber helfen. Sehr viel schärfer als Dr. Kirchner sprach der Vorsitzende des Schöneberger Bezirksamts Bürgermeister Berndt. Die Debatte ergab im wesentlichen, daß man sich mit dem Bestehen der Einheitsgemeinde heute auf allen Seiten abgefunden hat. Auch die Demokraten erklärten sich gegen Gesetzesänderung. Für die sozialdemokratische Fraktion gab Genosse Czeminsti die Erklärung ab, daß wir gegen eine Änderung des Gesetzes sind, aber im Rahmen des Gesetzes eine bessere Regelung der Beziehungen zwischen Zentrale und Bezirken herbeiführen wollen. Es sei Aufgabe der demnächst zusammen tretenden gemischten Deputation der Stadtorbenerversammlung, eine solche Neuordnung einheitlich über ganz Berlin durchzuführen. Die Versammlung stimmte dem Antrag auf Wahl einer Deputation von fünf Mitgliedern des Bezirksamtes und 10 Bezirksverordneten zu. Man kann annehmen, daß dieser Antrag auch in anderen Bezirken zur Abstimmung gebracht werden wird.

## Bestrafter Kohlenwucher.

Eine empfindliche Strafe ist dem Kohlenhändler Mann, Schöneberg, Regensburger Straße, zuteil geworden, der sich heute vor dem Bürgergericht beim Landgericht II zu verantworten hatte. Bei den Behörden waren in den Wintermonaten zahlreiche Beschwerden eingelaufen, daß Mann seine Kundenschaft nur ganz unregelmäßig und weit unter den freigegebenen Mengen belieferte. Das Geschäft des Angeklagten zeigte niemals erhebliche Kohlenvorräte und schließlich griff das Überwachungsamt der Stadt Berlin ein. Durch besondere Beamte wurde beobachtet, daß der Kohlenhändler in der Dunkelheit Briefetts erhebt, die aber nicht in die Geschäftsräume, sondern in die Hauskeller gebracht wurden. Beamte der genannten Behörde erschienen dann eines Tages ganz überraschend und nahmen eine Hausdurchsuchung vor, bei der es sich herausstellte, daß der Angeklagte 560 Zentner Briefetts in einem Geheimkeller untergebracht hatte, um durch Zurückhaltung der Ware unerlaubte Gewinne zu erzielen. Die gesamte Kohlenmenge wurde deshalb beschlagnahmt und enteignet. Der Staatsanwalt beantragte in der heutigen Verhandlung gegen Mann eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen, doch ging das Gericht erheblich über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Händler zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 300 000 M. Die Frau des Angeklagten wurde zu einer Geldstrafe von 200 000 M. verurteilt. Der Verurteilte muß außerdem den Wortlaut des Urteils 8 Tage in seinem Schaufenster aushängen.

Die letztgenannte Strafe, in jedem derartigen Fall rücksichtslos durchgeführt, dürfte die edle Bucherzunft am nachhaltigsten treffen.

## Mieteraustwahl nach politischen Gesichtspunkten.

Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hatte als Eigentümer des Hauses Röhnerer Str. 38 dem Walli-Berlag, der dort Räume mieten und in den Vertrag eines bisherigen Mieters eintreten wollte, am 7. Februar sein Einverständnis erklärt. Daran, daß der Verlag, wie bei der Verhandlung führende Inhaber angab, ein linksgerichtetes Unternehmen ist, schied der Verband zunächst keinen Anstoß genommen zu haben. Erst vierzehn Tage später, am 22. Februar, nachdem inzwischen der Verlag beim Wohnungsamt die Genehmigung erteilt und schon Vorbereitungen zum Umzug getroffen hatte, lösch der Verband seine Zusage „wegen Vertuns“ an und nahm sie zurück. In einem Brief begründete er das folgendermaßen:

Wir haben jetzt erfahren, daß der Walli-Berlag ein Verlag ist, der ausgesprochen kommunistisch-revolutionäre Schriften verlegt und für die kommunistische Propaganda wirkt. Der Verband der Baugeschäfte als Arbeitgeberverband und Interessenvertretung privatrechtlicher Betriebe würde niemals seine Zustimmung zu einem Mietvertrage geben, der einer solchen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen gerade entgegengelegten Einrichtung in seinem Verbandsbause unterkommen verschafft, noch dazu, wenn diese Einrichtung mit einer Auslage der Schriften und einer Propagandaausstellung verbunden ist.

In Berlin fragen wohl die meisten Hauswirte nicht mehr nach den politischen und wirtschaftlichen Anschauungen ihrer Mieter oder derjenigen, die es werden wollen. Wohl sollte das auch sein! Wenn man jeden, der die Anschauungen der Grundeigentümer und Bauunternehmer vertritt und bekämpft, von der Miete eines Bodens oder gar auch einer Wohnung ausschließen wollte, dann müßte fast die gesamte Berliner Bevölkerung auf die Straße gesetzt werden. Gegen den Verband der Baugeschäfte hat der Walli-Berlag die Feststellungsklage erhoben.

## Die Würde des Stadtparlamentes.

Rawrodi bedauert. . .

Die Vorgänge in der Stadtorbenerversammlung vom 25. April 1922, in der eine angebliche Beuherung des Oberbürgermeisters Böß über die Linke zu einem sehr bösen Tumult führte, wurden heute vor dem Landgericht I noch einmal erörtert. Nachzuprüfen war von der Staatsanwaltschaft als Berufungsinhalt das Schöffengerichtsurteil, das den kommunistischen Stadtorbener Rawrodi der tatsächlichen Beleidigung des Stadtorbener Tropfle (D. Sp.) schuldig erklärte und unter Betonung der gegen solche Ausstellungen zu schützenden Würde des reichshauptstädtischen Stadtparlamentes ihn zu 2 Wochen Gefängnis verurteilte. Rawrodi, der nach wie vor jede Absicht eines tatsächlichen Angriffes bestritt, gab auf Anregung des Vorsitzenden folgende Erklärung ab: „Ich bedaure mein Verhalten in der Stadtorbenerversammlung vom 25. April 1922, insbesondere eine Bewegung gemacht zu haben, durch die der Stadtorbener Tropfle getroffen worden ist und durch die er sich von mir tatsächlich beleidigt gefühlt hat.“ Auch verpflichtete er sich, zugunsten der Kriegsblinden 10 000 M. Buße zu zahlen. Hiernach konnte die von ihm eingelegte Berufung sich nur noch gegen die Gefängnisstrafe richten, deren Umwandlung in eine Geldstrafe er beantragte. Die Beweisaufnahme, zu der wieder wie vor dem Schöffengericht mehrere Stadtorbener der Linken und der Rechten als Zeugen geladen waren, ergab kein anderes Bild. Nebenläger Loppie verteidigte durch Rechtsanwältin Kunz, daß die Beleidigung beträchtlich hoch bemessen würde. Der Staatsanwalt beantragte 50 000 M. Rechtsanwältin Weinberg als Verteidigerin Rawrodits hielt eine sehr viel geringere Strafe für ausreichend. Die erwarteten Auftritte in den Stadtorbenerversammlungen seien zum großen Teil daraus zu erklären, daß durch die einseitig-bürgerliche Zusammenfassung des Präsidiums die Gegensätze verschärft worden sind. Das Gericht erkannte auf 10 000 M. Geldstrafe.

## Der gesprengte Haushaltsauschuss.

Die Deutschnationalen propagierten heute die Sprengung des städtischen Haushaltsauschusses. Bei der Beratung des Antrages auf Beibehaltung der zweiten Klasse in den städtischen Krankenanstalten, die zurzeit über entsprechende Einrichtungen verfügen, wünschte die sozialdemokratische Fraktion eine Nachprüfung der finanziellen Unterlagen, auf Grund deren behauptet wird, daß die Beibehaltung der Stadt größere Einnahmen verschaffen würde. Dieses ganz selbstverständliche Verlangen nach Prüfung veranlaßte die deutschnationalen Sprecher, in unehrlicher Weise der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie sabotiere bewußt die städtischen Finanzen. (1) Die sozialdemokratischen Vertreter verließen den Saal, da der Vorsitzende Dr. Kirchner es nicht für notwendig hielt, gegen diese provozierenden Angriffe einzuschreiten. Im übrigen wird jeder Kenner der Berliner Kommunalverhältnisse seine Freude daran haben, daß ausgerechnet die Deutschnationalen (1) sich auf einmal als die Retter der städtischen Finanzen aufspielen.

Schwerer Kraftwagenunfall. Auf der Automobilstraße, etwa 200 Meter vom Bahnhof Grunewald entfernt, wurde ein Motorrad durch einen Kraftwagen von hinten überfahren. Das Auto raste dann der Nordkurve zu, ohne sich um den verlegten Motorradfahrer zu kümmern. Dieser, angeblich ein Grieche, trug einen schweren Schädelbruch davon und wurde bald danach von einem die Unfallstätte passierenden Auto weggeschafft. Gendarmenbeamte waren Zeugen des Vorfalls und haben der Polizei sofort Mitteilung von dem Unglück gemacht.

Wieder ein Raubüberfall auf einen Wächter. Einbrecher verübten in der vergangenen Nacht am Hohenzollerndamm 54/55 einen Raubüberfall auf einen Fabrikwächter und verschwand mit einer Million Mark Beute.

Die Deutschösterreichische Siebertal veranstaltet als dritten Weihnachtsabend ein Wilhelm-Risinger-Konzert am 18. März, abends 8 Uhr, in der Singalabemie. Frau Elise Wagner (Solistin), Herr Marcel Roe (Solist), Herr Max Saal (Dirige) und Frau Hilmi Brandt (Orgel) wirken mit.

Jugendliche Oberländer. Die Jugendmilch für Knaben und Mädchen findet am 25. März, vorm. 10 Uhr, im Wilhelmshof statt. Eintrittskarten bei Feder, Amberg, Schuller, Konjungenoffenhardt, Rektor Bergmann, V. Schule, Rektor Eich, VII. Schule, und bei den Elternbeiträgen zu haben.

Ueber Ruhepolitik und Proletariat spricht heute abend im Jugendheim Reuthaus, Rogalstr. 53, Genosse Robert Brenet. Bitte willkommen.

Der Störzberger Hauptbahnhof ist mit allen Nebenanlagen niedergebrannt. Der Schaden beträgt über eine Million schwedische Kronen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Nachts etwas kälter, um Mittag ziemlich mild und vielmal heiter, dazwischen wieder härter bedeckt bei mäßigen Stößen bis nordöstlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Achtung Parteifunktionäre!

Die kommunistische Partei scheidet in den letzten Tagen Einladungen an die Abteilungs- und Kreisvorstände unserer Partei zwecks gemeinsamer Aussprache zur Bekämpfung des deutschen Faschismus. Auch dies ist nur ein Täuschungsmanöver der SPD., um im letzten Augenblick die Reihen unserer Partei zu tragen. Die Bekämpfung des Faschismus wird von der Sozialdemokratischen Partei mit aller Energie betrieben. Die Kommunisten als Bundesgenossen zu erklären, müssen wir ablehnen. Der kommunistischen Partei kommt es nicht darauf an, die Einheitsfront der Arbeitererschaft herzustellen, das zeigen die erneuten Versuche auf Zerstückelung der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratische Partei ist im Kampfe gegen die Reaktion auf dem Posten, sie kann und wird sich aber nicht von den Zerstückelern der Arbeiterbewegung vorschreiben lassen, wie sie operieren soll. Darum sind Einladungen der SPD. von den Abteilungs- und Kreisvorständen abzulehnen.

### Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdem. Partei Berlins.

Jugendsozialisten, Gruppe Schöneberg-Friedenau. Am Freitagabend 8 Uhr Jugendheim Reuthaus, Rogalstr. 53, Diskussionsabend.

Jugendsozialisten, Gruppe Tempelhofer Damm, abends 7 1/2 Uhr, Mitglieder im Botschafter, Gde. Neue Straße.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Agitation.

Der sogenannte 23er-Ausschuss rheinisch-westfälischer Betriebsräte veranstaltete am 11. März einen Betriebsrätekongress für Rheinland-Westfalen, um die kommunistische Agitation zu belohnen. Da dabei nichts herauskam, beschloß dieser Kongress, zum 18. März eine „Internationale Konferenz“ einzuberufen. Durch Rundschreiben wurden zu dieser Konferenz sämtliche Körperschaften der ganzen Welt eingeladen, die überhaupt namentlich zu ermitteln waren. Außer der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Ledebour-Gruppe) schloßen sich nur kommunistische Organisationen an diesen Veranstaltung zu beteiligen.

Am 13. März hat der kommunistische Reichsausschuss der Betriebsräte nochmals den A.D.B. und den Afa-Bund eingeladen, sich an dieser Internationalen Konferenz der kommunistischen Partei zu beteiligen.

Die freien Gewerkschaften haben mit diesem kommunistischen Arrangement nichts zu tun. Wenn die kommunistische Partei glaubt, sie habe nur nötig den Gewerkschaften von einem ihrer Ausläufer den Stuhl hinhalten zu lassen, damit sie springen, wenn sie pfeift, dann ist sie im Irrtum. Sie weiß selber, daß es so nicht geht, allein sie kann dann daraus neue Angriffe und Beschimpfungen gegen die Spitzenverbände der Gewerkschaften herleiten. Darauf kommt es ihr an. Die Gewerkschaften werden es der kommunistischen Partei und ihren verschiedenen Unterabteilungen niemals recht machen können, ob mit oder ohne Beteiligung. Sie wird sie so oder so immer wieder als Verräter „entlarven“.

Diese Partei will die Gewerkschaften zwingen, nach ihrer Pfeife zu tanzen. Die Gewerkschaften lassen sich von keiner Partei zu irgend etwas zwingen. Sie wissen selber, was sie zu tun und zu lassen haben und unterstellen sich weder der Diktatur dieser Partei, noch lassen sie sich zu deren Parteizwecken mißbrauchen.

In einer Erklärung der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.B. und des Afa-Bundes wird festgestellt, daß der 23er-Ausschuss ebenso auf kommunistische Veranlassung gebildet wurde, wie der 15er-Ausschuss oder „Reichsausschuss“ der (kommunistischen) Betriebsräte, welcher im Oktober vergangenen Jahres den sogenannten „Reichsbetriebsräte-Kongress“ in Berlin abgehalten hat.

Auch dieser 15er-Ausschuss hatte alle möglichen Körperschaften, u. a. auch die Gewerkschaften zu seiner Veranstaltung eingeladen. Die Gewerkschaften, als die Vertreter der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeitnehmer, werden selbständig national und international alles ausüben, die Lage der deutschen Arbeitnehmer zu erleichtern und zu verbessern. Dazu bedarf es nicht der ständigen kommunistischen Treibereien und Veranlassungen.

„Farbe bekennen!“ heißt die „Rote Fahne“. Die Einladung an den A.D.B. und den Afa-Bund soll uns dazu zwingen. Die Gewerkschaften haben schon zu einer Zeit Farbe bekennen, wo dazu etwas mehr gehörte als „Parolen“ zu schreiben mit Rostauer Geldern und die große Mehrzahl der kommunistischen Resolutionsmacher vom Fardebekennen nichts wissen wollte. Die Gewerkschaften bekennen noch jeden Tag „Farbe“. Doch solange sie nicht die kommunistische Partei farbe bekennen, werden sie es der Rostauer Filiale nicht recht machen. Wer wollte nach all den kommunistischen Aktionen noch bezweifeln, daß der Verzicht auf die Anerkennung von jener Seite eine der Lebensnotwendigkeiten der Gewerkschaften ist?

## Die Lohnregelung im Baugewerbe.

In der Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes am Mittwoch im „Englischen Hof“ berichtete Thoms über die Tarifverhandlungen. Da die Arbeitgeber bestritten, daß eine wesentliche Erhöhung eingetreten sei, die nach § 5 Abs. 4 der Abmachungen eine Lohnherabsetzung rechtfertigen würde, wurde das Bezirkslohnamt angerufen. Die Verhandlungen führten nach etwa siebenstündiger Dauer zur Annahme eines Vor schlägs, der eine Lohnherabsetzung um 23 Proz. zubilligte. Die Annahme erfolgte mit 6 gegen 5 Stimmen. Am 4. März jedoch teilten die Arbeitgeber mit, daß sie den Spruch ablehnen müßten. Die Verhandlungskommission rief hierauf die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums an, das die Erledigung des Streitfalles dem Demobilmachungskommissar überwies. Bei den Verhandlungen am 10. März kam es zu einem Vergleichsvorschlag, dem die Verhandlungskommission zugestimmt hat. Die auf Grund dieses Vorschlags geltenden Tariflöhne sind bereits bekanntgegeben. Von der Kommission wurde verlangt, daß sie sich sofort über die Annahme oder Ablehnung zu erklären habe. Sie hat sich dann entschlossen, dem Vorschlag ihre Zustimmung zu geben.

In den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, in der anerkannt wurde, daß die Verhandlungskommission richtig gehandelt habe.

Auf Veranlassung des Referenten wurde hierüber noch abgestimmt. Ein mützig bekundete die Verlammlung ihr Einverständnis mit der Stellungnahme der Kommission.

Hierauf berichtete Krause über das Vorgehen der Anhänger des „Verbandes der Ausgeschlossenen“ auf den Baustellen der Aktien-gesellschaft über Bauausführungen in Köpenick und am Salzpfer. Der Redner wies auf die Beschimpfungen der Baugewerkschaft durch die „Rote Fahne“ und den „Chemnitzer Bauarbeiter“ hin, sowie auf

den Terror, der von Anhängern des „Verbandes der Ausgeschlossenen“ gegen Mitglieder der Baugewerkschaft ausgeübt wurde. Nach Schluß der Diskussion in der die Beschimpfungen der Kollegenschaft und die terroristischen Maßnahmen der Anhänger des genannten Verbandes scharf verurteilt wurden, stimmte die Versammlung einstimmig folgendem Antrag zu:

Die Generalversammlung räumt von den Schritten, die der Vereinsohrstand zur Eröffnung der Bauarbeiten in Köpenick und am Salzpfer unternommen hat, Kenntnis und spricht ihm volles Vertrauen aus.

## Der Soziallohn im deutschen Tarifvertrag.

Je mehr der Reallohn unter das Existenzminimum sinkt, desto größere Bedeutung erlangt der Soziallohn in den Tarifverträgen. Es sind gerade die Arbeitgeber, die gegen den Willen der Gewerkschaften dem Familienlohn eine immer größere Bedeutung beizumessen versuchen. Fast durchweg hat sich der Soziallohn im Bergbau, im Maschinenbau, in der chemischen Industrie und im Textilgewerbe durchgesetzt. Im Handels- und Transportgewerbe sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie halten sich Familien- und Bestimmungslöhne die Wage, nur in wenigen Fällen kommt der Soziallohn in der Industrie der Fette und Öle, in der Leder- und Bekleidungsindustrie zur Anwendung. In der übergroßen Mehrzahl der Fälle wird der Soziallohn als besondere Zulage neben dem Leistungslohn bezahlt, unabhängig von dem jeweiligen Verdienst und den einzelnen Lohnstufen. Es gibt aber auch die andere Form der sozialen Zulagen als höherer Lohn für Familienmänner, wobei entweder der Ehepartner höher entlohnt oder die Bediensteten um einen bestimmten Prozentsatz niedriger bezahlt werden. Die meisten Tarifverträge stellen sich auf den Standpunkt, daß die Familienumlage unabhängig vom Lohn, den Arbeitern als laufende Unterstützung bezahlt wird, einzelne Tarifverträge erklären den Soziallohn ausdrücklich für einen Bestandteil des Lohnes, d. h. er wird also nur entsprechend der geleisteten Arbeitszeit gewährt. Ueberwiegend wird der Familienlohn bei Freizeitschichten und Arbeitsstretungen mit der Arbeitszeit vor. Auch für den tarifmäßigen Urlaub und in Fällen der Erkrankung wird im allgemeinen der Familienlohn weiter bezahlt. Der Soziallohn besteht vor allem in der sogenannten Hausstands- oder Familienumlage, zu welcher das Kindererleid kommt, das erst nach dem Lohn, wo keine besondere Familienumlage besteht. Das Kindererleid wird durchweg für jedes oder für jedes einzelne Kind gewährt, ebenso auch für die unehelichen. Nur im Bergbau ist ausdrücklich bestimmt, daß für uneheliche Kinder keine Zulage gewährt wird. In gewissen Fällen kann die Familienumlage auch für Bedienstete gewährt werden, sofern sie weitgehend für den Unterhalt einer Familie zu sorgen haben.

Wenige Tarife kennen außerdem noch eine sogenannte Allein-stellenden- oder Bedienstetenumlage, die solchen Arbeitern oder Innerehenden gewährt werden, die nicht bei ihrer Familie oder bei Verwandten wohnen und in der Betreuung ihres Lebensunterhaltes vollständig allein auf sich angewiesen sind. In Zeiten der Wirtschaftskrise zeigt sich die große Gefahr höherer sozialer Klassen in der Privatindustrie, da Arbeiterkräfte, denen solche zu zahlen sind, oft an erster Stelle entlassen werden, und einmal Entlassene nur schwer wieder Arbeit finden.

## Verwaltungsbehörden und Achtfundentag.

„Le Quotidien“ (Paris) vom 12. März berichtet: „Man hat abgesehen, daß die von den Verwaltungsbehörden in Deutschland beschlossenen Eisenbahner eine Erhöhung unterzeichnen müßten, durch die sie sich zu einer achtstündigen Arbeitszeit verpflichten. Die folgenden Zitate entkräften dieses Dementi.“

1. Auszug aus einer Note über die Angelegenheit deutschen Personals, unterzeichnet von dem Oberleutnant, Vorherdem der Unterkommission der G.R.C. und dem Kommandanten Blaser:

„Wenn die Erfüllung des betreffenden Eisenbahners ein achtstündiges Arbeitsverhältnis wird der Dienstgeber den betreffenden darüber unterrichten, daß er unter folgenden Bedingungen angestellt werden kann:“

Tägliche Arbeitsdauer: zehn Stunden. Die Arbeit wird stundenweise bezahlt auf einer Basis, die früher festgesetzt worden wird und die den achtstündigen Bestimmungen bei den deutschen Eisenbahnen entsprechen muß. Die Arbeit findet statt unter Kontrolle der französischen Behörden.

2. Auszug aus dem Vertragsentwurf, der dieser Note beigefügt ist:

„Achtstündiger Arbeitstag unter Leitung und Kontrolle der französischen Behörden.“

## Japanische Kohlenwerke.

„Kangoku Boku“ (der Arbeiter) — so heißen in japanischer Volkssprache die Kohlenwerke Nordjapans. Die Arbeiter dieser Gruben werden im ganzen Lande angeworben. Das Geld für die Reise wird ihnen aus dem künftigen Lohn freudigst „vorgeschossen“. An Ort und Stelle angekommen, müssen die Arbeiter in Gasthäusern wohnen, die dem Arbeitgeber gehören, wo sie übernachtet und rücksichtslos geschnitten werden, die Lebensmittel im Gasthaus selbst zu teueren Preisen zu kaufen. Sind sie einmal im Grubenrevier, so verlieren sie jede Bewegungsfreiheit. Die skandalösen Zustände haben natürlich nicht das Parlament — das nach einem antidemokratischen Wahlsieg gewählt ist und keine Arbeitervertreter hat —, wohl aber die „öffentliche Meinung“ aufgeregt. Das Polizeibureau des Innenministe-

riums hat sich gezwungen gesehen, die Unternehmer zu einer rücksichtsvolleren Behandlung der Arbeiter, zum Respekt vor dem Vertrage (den die Unternehmer selber bitten) und zur Erstattung der Reisekosten an die Arbeiter anzuhalten. Da aber keine Organe zur Ausführung und Kontrolle dieser Maßnahmen vorgehen sind, so ist allein von der Verbreitung der gewerkschaftlichen Organisation eine Verbesserung der Lage der Kohlenarbeiter zu erwarten. Im ganzen sind in Japan 350 000 Menschen in den Kohlengruben beschäftigt, davon fast 100 000 Frauen, von denen etwa 70 000 unter Tage arbeiten. Die Zahl der arbeitenden Kinder unter 15 Jahren übersteigt 400. Die Zahl der Todesfälle und Verletzungen betrug im Jahre 1919 191 000 (also ein Todesfall oder eine Verletzung auf jeden zweiten Arbeiter.)

Maßnahmenarbeiten! Vorher der heutigen Generalversammlung der A.D.B. findet morgen, Freitag, 7. Uhr, eine Versammlung der Funktionäre im Reichsbannerhof statt. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Die Generalleitung.

# Wirtschaft

## Geldumlauf, Preise und Löhne in Rußland.

Dem Bulletin des Moskauer Instituts für Konjunkturforschung entnehmen wir folgende interessante Angaben über Geldwesen und Preise in Rußland. Der Geldumlauf hat im Dezember 1922 186 147 030 000 000 000 (186 Quadrillionen) Rubel betragen. Das es zu einer derartigen Ziffer kommen mußte, ist natürlich, da ja die steigende Geldmenge auch die Preise steigert, und so muß in jedem weiteren Monat zur Deckung der Staatsbedürfnisse ein immer größere Summe Geld gedruckt werden, solange keine anderen bedeutenden Staatseinkommenquellen vorhanden sind. So belief sich das im Dezember 1922 neu gedruckte Geld auf 55 Quadrillionen, während es im Dezember 1921 nur 769 Trillionen, im Dezember 1920 nur 17 Trillionen betrug. Ein wichtigeres Zeichen für die finanzielle Lage des Staates sind aber nicht diese absolute Ziffern, sondern das sogenannte „Tempo der Geldvermehrung“, d. h. das Verhältnis zwischen Zuwachs und dem am Monatsbeginn vorhandenen Geldmenge: dieses Verhältnis schwankte im Jahre 1920 zwischen 11 und 16 Proz. und erreichte Ende 1921 56 Proz.; seitdem beginnt aber die Verlangsamung der Geldvermehrung, und in dem zweiten Halbjahr 1922 hat die monatliche Geldvermehrung 26 bis 38 Proz. des jeweiligen Geldbestandes betragen. Diese Verlangsamung der Inflation erklärt sich aus der Wiederbelebung des Steuerapparates, welche mit der „neuen Wirtschaftspolitik“ Biag getroffen hat: der Steuerertrag des Staates ist in den ersten zehn Monaten des Jahres 1922 von 0,5 auf 27 Millionen Goldrubel gestiegen, was an sich immer noch nicht viel ist, immerhin aber eine rasche Steigerung bedeutet.

Was die Preise anbetrifft, so zeigt der Moskauer Index für die zweite Januarwoche 1922 (Preise des Jahres 1913 gleich 1) die geringste Steigerung für Gemüse und Getreide: um das 11- bis 15,5-malige Vielfache der Friedenszeit; die größte Steigerung weisen die Kolonialwaren (Zucker, Kaffee usw.) auf: das 57-malige Vielfache — und die Bekleidung (mit Schuhwaren) das 40-malige Vielfache.

Der Durchschnittspreis für alle Warengruppen stellt sich auf 25 Trillionen. Das Tempo der Erzeugung von Woche zu Woche (wöchentliche Erzeugungsinde), das im Sommer etwas langsamer wurde, stellte sich seit September auf etwa zehn Prozent.

Die Erzeugungsziffern allein können aber nichts über die Lage der Bevölkerung ausagen. Für die Arbeiterklasse müssen noch die Löhne berücksichtigt werden. Diese ernehmen wir den russischen Zeitschriften „Statistik der Arbeit“ und „Metallist“. Danach betrug der Reallohn des Arbeiters (in Goldrubel umgerechnet) 1920: 32,4 Proz. des Friedenslohnes, 1921: 31,0 Proz., 1922 (erstes Halbjahr): 37,2 Proz.; im August 1922 war der Lohn 43 Proz. des Friedenslohnes. Diese Lohnsteigerung ist aber mehr für die „leichte“ Industrie (Fertigprodukte, Textilwaren usw.) als für die Schwerindustrie (Kohle und Eisen, Transport) fühlbar. So betrug der Reallohn im Donetzbecken im August 1922 nur 8 Goldrubel oder 21 Proz. des Friedenslohnes. Auch ist die Entlohnung in den verschiedenen Teilen Rußlands verschiedlich hoch: die Reallohne sind in den beiden Hauptdistrikten um 12 Proz. höher als im gesamt-russischen Durchschnitt. Alles in allem ergibt sich das Bild einer langsamen wirtschaftlichen Besserung, die aber durch viele Schwankungen durchkreuzt wird.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schill, Berlin; für Anzeigen: E. G. G. Berlin, Verlag Germania-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Germania-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 2.

Sie in der Lage zu liefern:

**unterhalb Tagespreis**  
**Zahnkreditkassensatz 2000 u. 2400 M.**  
 Goldkronen 2.2000 R. an. Silb. Kronen 4000 R. Spezialität:  
**Zähne ohne Gummiplatte.** Zahnziehen in. Seid. u. h. Metall.  
 u. Metall gratis. Anl. u. Zahnärztliche Einrichtung. Schriftl. Garant.  
**Zahnpraxis Halvani, Danziger Str. 1**  
 Ueber langjährigem Gebiete zur vollen Zufriedenheit geliebt.  
 Fachmännische Untersuchung und Rat kostenlos.  
 Vorgezogen 10 Prozent Rabatt als Fahrgastbegünstigung.

Willst du preiswert  
**Hosen**  
 kaufen, mußt zu  
**Rosen-Anders**  
 kaufen.  
 A. Anders,  
 Beusselstr. 26

**86 Gartenstr. 86**  
**Zahngebisse**  
 Gold, Silber-Bruch, Platin  
 kauft zu höchstem Tageskurs  
**Paul Schneider, Juwelier**  
**86 Gartenstr. 86**  
 der we. beste Weg zu mir lohnt sich!

**Sonderangebot!**  
 Die bei mir bis zum 17. März gekauften  
**Strickjacken**  
 (Strandjacken, Strickkleider, Jumper,  
 Sportjacken usw.)  
 reserviere ich Ihnen bei Anzahlung  
 der Hälfte zu dem Originalpreis  
**bis Ostern!**  
 Nur beste Qualitätsware / Billigste Preise  
**Bruno Richter,**  
 Kopenhagener Str. 67, | Hochb. Nordring  
 und Hin.-Pankow, Mendelstr. 26 L.

**+ Geschlechtskranke +**  
 Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, Hartnäckige veraltete Ausflüsse finden schnelle Hilfe ohne Berufsstörung durch  
**Phorosanos**  
**neues deutsches Reichspatent**  
 Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderwärts ohne Erfolg behandelt waren, wurden d. Phorosanos kurz risig geheilt. Täglich viele Dank-schreiben u. Dankschreiben. Untersuchung und An-kehrung kostenlos. Teilzahl. u. Gewissenlos. ärztliche Leitung. Phorosanos Heilanstalt: Potsdamer Str. 109, nahe Sieg. Ister Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosen-ha. er Platz — Getrennt für Her. und Damen. — Spre.-bet. 10 bis 7 Uhr tägl., Sonntags 10-12

**Garderobe**  
 auf Teilzahlung  
**HERREN-**  
 Anzüge, Schläpfer  
 Burschen-Anzüge  
**BEISER, Lothringer Straße 67**

**GOLD- SILBER- PLATIN- BRUCH**  
**Neuköllner Edel-Metall-Börse**  
**(Embö)** G.m. b. H.  
 Nehmsallersplatz 15 | Berliner Straße 42  
 Tel. 4291 | Tel. 1469  
 Fahrgeid wird vergütet  
 50 Mark Prämie bei Vorzeigen der  
 Annonce

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- Abteilung: Berlin, Lindenstr. 3, Coben.
- Antoni: Adlerstr. 174, am Kopenick.
- Berlin: Steinstr. 47, Ecke Magdeburger Straße.
- Bismarck: Bismarckstr. 47, an der Giesensbrücke. — Steingasse 31, bei der Post.
- Chemnitz: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Düsseldorf: Düsselstr. 14/15.
- Dresden: Johannisstr. 34. — Garmen-Spree-Str. 57, 58, 59.
- Frankfurt: Wilhelmstr. 40. — Mülling, Kronenstr. 4.
- Hamburg: Alsterstr. 84, Ecke Ullrichstr.
- Köln: Kollmannstr. 47, an der Giesensbrücke. — Steingasse 31, bei der Post.
- Leipzig: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- München: Kollmannstr. 47, an der Giesensbrücke. — Steingasse 31, bei der Post.
- Nürnberg: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Potsdam: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Regensburg: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Saarbrücken: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Siegen: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Stettin: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Stralsund: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Tübingen: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Ulm: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Worms: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.
- Zürich: Marktstr. 36. — Petersburger Platz 4.